Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1910. Nr. 128. Jahrgang 203.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2.40 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Freitetondeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus. Eing. Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebendleben in Halle a. S.

Donnerstag, 17. März 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Abverdienen von Geldstrafen durch freie Arbeit.

Die geplante Neugestaltung unseres materiellen Strafrechts beabsichtigt, wie man uns schreibt, auf dem Gebiet der Verhängung von Geldstrafen völlig neue Rechtsgrundsätze zur Anwendung zu bringen. Diese Neuordnung geht davon aus, daß eine grundsätzliche erhebliche Ausdehnung der Geldstrafen berechtigt erscheint, um dadurch kürzere Freiheitsstrafen entbehrlich zu machen. Diesem Bestreben werden jedoch Grenzen gezogen einmal dadurch, daß ein großer Teil der Verurteilten überhaupt nicht oder nur unter großen Entbehrungen auch für seine Familie zur Zahlung von Geldstrafen instande ist; und fernerhin dadurch, daß es nicht angängig erscheint, den Wohlhabenden vor dem Armen zu begünstigen, indem er die Möglichkeit erhält, sich vor der Verbüßung einer Freiheitsstrafe durch eine Zahlung zu bewahren, während der Aermere dazu nicht in der Lage ist. Wenn sich hiernach das Bestreben nach Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe in engen Grenzen halten muß, so ist doch durch zwei Mittel versucht, die Ersatzfreiheitsstrafe einzuschränken. Es sollen nämlich einmal für die Abtragung der Geldstrafen Teilzahlungen bis zur Dauer eines Jahres durch das Gericht bewilligt werden können. Daneben aber soll es statthaft sein, eine Geldstrafe durch Arbeit im Dienste des Staates abzuverdienen. Einer solchen Regelung stehen allerdings Bedenken gegenüber, weil an sich die Organisation freier Strafarbeit in größerem Umfang sich als sehr schwierig erwiesen hat. Es können ferner nur gewöhnliche Handarbeiten in Betracht kommen, die von jedermann ohne besondere Vorbereitung auszuführen sind. Solche Arbeiten bieten sich aber auf dem Lande und in kleineren Städten nicht regelmäßig und um sie bewerben sich meist in ausreichender Zahl Arbeiter, denen dieser Erwerb durch die Abverdiener entzogen würde. Aber durch die Möglichkeit der Abtragung von Geldstrafen durch Teilzahlungen wird die Zahl der Fälle, in denen dieses Ersatzmittel für die Geldstrafe überhaupt notwendig wird, wesentlich gemildert. Und wenn auch nur ausnahmsweise sich eine geeignete Arbeitsgelegenheit beschaffen ließe, so wäre es volkswirtschaftlich und kriminalpolitisch doch richtig, von dieser Gelegenheit zur Tilgung der Geldstrafen grundsätzlich Gebrauch zu machen. Denn wenn der Verurteilte statt des Geldes, das er nicht besitzt, seine Arbeit anbietet, so bleibt man dem auf Zahlung lautenden Urteil am nächsten, wenn man diese Arbeit annimmt. Die näheren Bestimmungen über die Art der Arbeit und ihre Anrechnung auf die Geldstrafe sollen durch Ausführungsvorschriften vom Bundesrat und den Landeszentralbehörden geregelt werden.

Deutsches Reich.

* **Deutsch-bolivianische Handelsbeziehungen.** Die Ratifikationsurkunden des deutsch-bolivianischen Handelsvertrages sind am 15. d. Mts. in La Paz ausgewechselt worden. Der Vertrag tritt gemäß Artikel XI Absatz 2 zehn Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

* **Die berühmte „zuverlässige" englische Quelle.** Ein englisches Blatt, „Daily Chronicle", hat, angeblich aus zuverlässiger Quelle, die Meldung gebracht, daß die letzte Nordseefahrt des Kaisers mit den Angriffen im Zusammenhange stehe, die im Reichstage gegen die Verwaltung der Kaiserlichen Werften gerichtet worden seien, und der Kaiser habe sich, wie das Blatt sich ausdrückt, persönlich einen Einblick in die korrupten Verhältnisse auf den Kaiserlichen Werften verschaffen wollen. Wir erfahren von maßgebender Stelle, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist, und daß die „zuverlässige" Quelle die ganze Nachricht frei erfunden hat.

* **Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen** sind am Mittwoch von Kairo nach Luxor abgereist.

* **Der König von Sachsen** ist am Mittwoch früh von Triest nach Dresden abgereist.

* **Der neuernannte deutsche Botschafter in Madrid, Prinz von Ratibor und Corvey,** ist dort eingetroffen und hat dem Minister des Auswärtigen am Mittwoch nachmittag einen Besuch abgestattet.

* **Der Legationssekretär Levids aus Athen ist zum griechischen** Geschäftsträger in Berlin ernannt worden.

* **Am Vorabend (Mittwoch) der Eröffnung der amerikanischen Ausstellung in Berlin** fand ein Festmahl statt, an dem der amerikanische Botschafter Hill, Staatsminister Dr. Delbrück, Kultusminister Trott zu Solz u. a. teilnahmen. Botschafter Hill und Staatsminister Delbrück brachten Trinksprüche aus.

* **Die württembergische Regierung** hat den Ständen einen Gesetzentwurf betr. Verlängerung der Berechtigung der Württemberger Notenbank zur Ausgabe von Banknoten bis 1931 vorgelegt.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 16. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, v. Moltke.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. Dr. **Lohmann**-Wiesbaden (natl.), er habe die „Donauworte" als Zentrumsblatt bezeichnet. Ein Zentrumsparteiblatt sei sie aber nicht. (Lachen im Ztr.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abg. Dr. Frhrn. v. Erffa (kons.) auf Schaffung eines Notparagraphen im Etat.

Abg. Dr. Frhr. **v. Erffa** (kons.): Der Antrag ist notwendig, weil der Etat diesmal wieder nicht rechtzeitig verabschiedet wird.

Ein **Regierungskommissar**: Wir begrüßen den Antrag. Die Regierung wird sich mit ihren Ausgaben im Rahmen des Etats halten.

Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Die Novelle zur Gebührenordnung der Rechtsanwälte wird in zweiter und dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die dritte Lesung der

Wahlrechtsvorlage.

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.): Einige Mitglieder der konservativen Fraktion, die Abgeordneten von Brandenstein, v. Jagow, Graf Kanitz, Krüger-Marienburg und Freiherr von Reitzenstein werden gegen den Gesetzentwurf im ganzen stimmen, teils weil sie in der gegenwärtigen Zeit eine Aenderung des preußischen Wahlrechts überhaupt nicht für notwendig halten, teils weil sie in der Einführung der geheimen Wahl ein unüberwindliches Hindernis sehen. Was die übrigen Mitglieder meiner Partei anlangt, so sind wir geneigt, auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse zu treten und im gegenwärtigen Stadium für sie zu stimmen. Wir tun das nicht in dem Sinne, als wenn wir mit allem einverstanden wären, was in diesem Gesetzentwurf enthalten ist. Wir tun es nicht einmal in der Meinung, daß die Vorlage im ganzen eine unbedingte Notwendigkeit wäre. Wir sind vielmehr der Meinung, daß unser gegenwärtiges preußisches Wahlrecht, das wir noch besitzen, sich im vollsten Maße bewährt hat. (Beifall rechts.) Die Gestaltung, die dieses Dreiklassenwahlrecht erlangt hat, hat gerade dem Mittelstand einen ausschlaggebenden Einfluß gegeben. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind ferner der Meinung, daß die öffentliche Wahl in hohem Grade geeignet gewesen ist, das Verantwortlichkeitsgefühl der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen und zu festigen. Ferner meinen wir, daß die indirekte Wahl dadurch, daß sie die Auswahl lokaler Vertrauensmänner gewährleistet, eine Sicherheit gegen die Agitation und Aufhetzung der Massen bildet. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind der Meinung, daß das preußische Wahlrecht auch darin sich ganz besonders bewährt hat, daß es keiner Partei im Lande, soweit sie die Interessen der bodenständigen, ruhigen Bevölkerung vertreten, unmöglich war, hier im Haus vertreten zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Wir sehen einen wesentlichen Zweck eines jeden Wahlrechts darin, daß es ermöglicht, daß die Geschäfte des Landes so geführt werden, wie es die Rechte des Volkes verlangen. Wir sind der Meinung, daß die Geschichte dieses Wahlrechts den Beweis geliefert hat, daß das möglich ist. Deswegen dürfen wir an und für sich nicht eine Notwendigkeit erkannt haben, dieses Wahlrecht zu ändern. Es ist deswegen meinen politischen Freunden sehr schwer geworden, an einer Aenderung dieses Wahlrechts mitzuarbeiten. (Sehr richtig! rechts.) Wir wissen, daß sehr viele unserer Freunde im Lande auch heute noch den Standpunkt einnehmen, daß das vielleicht das Beste gewesen wäre. (Sehr richtig! rechts; Rufe links: Tun Sie es doch jetzt noch!) Und ich weiß nicht, wenn wir eine Abstimmung unter unseren Parteifreunden im Lande vornehmen, wo die Mehrheit in dieser Frage sein würde. (Sehr wahr! rechts.) Wenn wir uns gleichwohl entschlossen haben, mitzuarbeiten, und zwar in einer positiven Weise, so ist das geschehen, denn: die Vorlage enthält die Ausführung des Versprechens, einer festen Zusicherung, die seitens des Trägers der Krone in feierlicher Form gemacht worden ist. Meine politischen Freunde legen Wert darauf, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um solche Wünsche des Trägers der Krone zu verwirklichen. (Beifall rechts.) Wir legen auch Wert darauf, mit einer Regierung, die im wesentlichen unser Vertrauen genießt (Zurufe links: Im wesentlichen?), wenn Sie das Wort „im wesentlichen" stört, so will ich es weglassen, — zusammenzuarbeiten, wenn sie bemüht ist, in einer loyalen Weise Fragen von dieser großen Bedeutung zu lösen. Wir hegen die Hoffnung und Erwartung, daß es der Regierung möglich sei, obwohl die Grundlagen des Entwurfes, den sie uns vorgelegt hat, in wesentlichen Punkten eine Abänderung erfahren haben, gleichwohl das Werk in der Kommissionsfassung als mit den Interessen des Staates vereinbar anzusehen, auf denselben Boden mit uns zu treten und den Entwurf mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken. Wir werden ja hören, was der Ministerpräsident in dieser Beziehung zu sagen hat. Ich habe hier zu erklären, daß meine politischen Freunde bei ihrer eigenen Haltung auf diese Haltung der Regierung das allergrößte Gewicht legen. Wir würden uns freuen, wenn es möglich wäre, was sich in diesem Augenblick noch nicht definitiv übersehen läßt, eine große Mehrheit der bürgerlichen Parteien für diese Vorlage zu finden. Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir bereit sind, auch jetzt noch Anträgen, die sich dahin richten, den Vertretern der Mittelparteien den Zutritt zu diesem Gesetzentwurf zu ermöglichen, mit voller Sympathie entgegensehen und sie auch annehmen, wenn wir sicher sind, daß wir damit die Mehrheit für das ganze Gesetz nicht gefährden. Ich glaube, daß die Parteien, die mit uns bei diesem Gesetz zusammengearbeitet haben, uns das Zeugnis nicht verweigern werden, daß meine politischen Freunde tatsächlich ein weites Entgegenkommen offeriert haben. Sie werden uns das Zeugnis geben können, daß wir in loyaler Weise Konzessionen von unserm Standpunkt aus gemacht haben. Es ist ein schweres Opfer gewesen, die wir mit ganz wenigen Ausnahmen auf dem Boden der öffentlichen Wahl stehen, das Zugeständnis zu machen, daß ein Teil der Wahl in Zukunft geheim erfolgen soll. Wir würden dieses Zugeständnis nicht gegeben haben, wenn nicht die Abstimmung in der zweiten Lesung es ganz unzweideutig dargetan hätte, daß die Mehrheit des Hauses auf dem Boden der geheimen Wahl steht. (Lachen links.) Was soll Ihr Lachen? Es ist doch Tatsache, daß eine Mehrheit für die geheime Wahl vorhanden ist und nur auf diesem Boden ein Gesetz zustande kommen lassen würde. Soweit sind wir praktische Politiker, daß wir mit gegebenen Größen rechnen und nicht glauben, daß wir allein in der Welt sind. Da bleibt uns gar nichts anderes übrig, als mit diesem Standpunkte wenigstens zu rechnen, und das haben wir getan, und darum sind wir bereit, auf den Boden der geheimen Wahl zu treten. Allerdings müssen wir dabei voraussetzen, daß eine Vorlage, die mit einem solchen Zugeständnis auf diesem Gebiete zustande kommt, in anderer Weise so ausgestaltet ist, daß wir sie tragen können. Und das sagen wir ganz offen, daß die Erhaltung der öffentlichen Wahl bei Wahl des Abgeordneten durch Wahlmänner für uns von ganz außerordentlicher Bedeutung ist. (Lachen und ironische Zurufe links.) Ebenso glauben wir auf die indirekte Wahl das allergrößte Gewicht legen zu müssen, und daß wir einem Gesetze nicht hätten unsere Zustimmung geben können, das diese Grundlagen aufgibt. Wir haben in Betreff der teilweisen Ausschaltung der öffentlichen Wahl das schwere Opfer bringen zu können geglaubt und hoffen, daß wir auch auf dieser Grundlage etwas Gutes zustande bringen können. Nun noch ein letztes Wort. Die Gestaltung des Wahlrechtes ist ja von ganz unberechenbarer großer Tragweite für die Geschicke des Landes. Wir sind gar nicht im Zweifel darüber, daß das, was hier beschlossen werden wird, ganz gewiß nicht überall Beifall finden wird. (Sehr richtig! links.) Wir sind ganz sicher, daß die Theoretiker und Phantasten und alle diejenigen, die das preußische Volk und sein ganzes Wesen nur von außen kennen (Lärm und Ohrufe links), mit der Vorlage nicht einverstanden sind. Am allermeisten aber sind wir davon übergeugt, daß das Gesetz den Beifall der Massen nicht finden wird. (Sehr richtig! links.) Wir sind aber auch ganz sicher, daß mit dem Tage, wo das der Fall wäre, wir für die Zukunft Preußens zu fürchten hätten. (Lebh. Zustimmung rechts, große Unruhe und Widerspruch links.) Und es beruhigt uns daher, daß diese Anerkennung dem Werke nicht zuteil wird. Mit Sorge bedrückt es uns allerdings, daß auch besonnene und verständige Elemente der Vorlage zweifelnd oder ablehnend gegenüber stehen. Wir sind aber überzeugt, daß das, was wir Ihnen vorlegen, getragen werden kann und haben das Vertrauen auf den gesunden Sinn unseres preußischen Volkes, daß es die Bestimmungen dieses Gesetzes anzuwenden verstehen wird, und daß die Kraft und die Stärke des preußischen Staates, auf die wir mehr Wert legen als auf unsere ganze Partei (Lachen links), nicht gefährdet werden wird, und damit auch nicht die Kraft des Deutschen Reiches, welche nicht zuletzt beruht auf der Stärke Preußens. (Stürmischer Beifall rechts, große Unruhe links.)

Abg. **Herold** (Ztr.): Ein Wahlrecht nach unsern Wünschen ist jetzt nicht zu erreichen. Der indirekten Wahl haben wir nur ungern zugestimmt. Wertvoll aber ist für uns die Erreichung der geheimen Wahl. Wir stimmen den Beschlüssen zweiter Lesung zu und hoffen, damit dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.): Wir stimmen den Beschlüssen zweiter Lesung nicht zu. Wir bedauern, daß eine Verständigung mit der Mehrheit nicht möglich war. Schuld daran ist, daß die Regierungsvorlage in wichtigen Punkten in ihr Gegenteil verkehrt worden ist. Wenn geheime Wahl mit der indirekten Wahl verknüpft werden soll, muß völlige geheime Wahl verbürgt sein und die Auswahl der Wahlmänner muß erleichtert werden. Ziel muß doch ein Wahlrecht sein, das längere Dauer verspricht. Die Maximierung ist ein Schritt in der Richtung des Reichstagswahlrechts. Wir haben großes Entgegenkommen gezeigt. (Heiterkeit rechts.) Auf Anträge haben wir verzichtet, um nicht in den Verdacht einer Demonstration zu kommen. Unsere ablehnende Haltung wird wieder als Abmarsch nach links gedeutet werden und das müssen wir uns gefallen lassen. Wir wissen jetzt, daß wir auch in Zukunft eine selbständige Partei bleiben. Wir gehen den Weg, den die Pflicht gegen das Vaterland und die Grundsätze unserer Partei vorschreiben. (Beifall links.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freikons.): Ein großer Teil meiner Freunde hält die öffentliche Abstimmung noch immer für besser. Aber sollen wir jetzt für die geheime Wahl eintreten, so müssen unsere Bedenken abgeschwächt werden. Die geheime Abstimmung fördert die Sozialdemokratie und die Dritteilung nach Urwahlbezirken tut das gleiche. Die Maximierung wirkt gleichfalls demokratisierend. Wir beantragen daher zur Dritteilung der Gemeinde zurückzukehren, würden aber auch mit einem Mittelweg zufrieden sein. Wird uns Entgegenkommen bewiesen, so können wir für das Gesetz stimmen, gleichviel wie die Mehrheit aussieht. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident **v. Bethmann Hollweg**: Nachdem die Herren Vorredner nunmehr die Absichten ihrer Parteien für die Abstimmung klargelegt haben, gebe ich namens der Königl. Staatsregierung folgende Erklärung ab: Die Königl. Staatsregierung ist bei Ausarbeitung der Vorlage von der Auffassung ausgegangen, daß an dem System des abgestuften Wahlrechts grundsätzlich festgehalten werden müsse und daß das direkte und geheime Wahlrecht gleichzeitig nicht gewährt werden könne. Sie hat sich aus den Gründen, die ich bei Einführung der Vorlage hier darzulegen die Ehre hatte, dahin entschieden, die indirekte durch die direkte Wahl zu ersetzen, die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung aber aufrecht zu erhalten. Die Königl. Staatsregierung hält diese Lösung auch heute noch für die zweckmäßigste. Wenn sich indessen eine erhebliche Mehrheit dieses Hauses dahin entscheidet, die indirekte Wahl aufrecht zu erhalten und die geheime Stimmabgabe für die Wahlen der Wahlmänner vorzusehen, so wird die Königl. Staatsregierung diese Lösung annehmen, ohne sich im übrigen an alle Einzelbestimmungen des Entwurfs in seiner jetzigen Gestaltung zu binden. (Beifall rechts und im Zentrum, Lachen links.)

Abg. **Fischbeck** (Vpt.): Wir meinen, daß diese Vorlage abzulehnen ist; und auch was jetzt vorgeschlagen ist, ist nicht so verlockend, daß wir unsere ablehnende Haltung deswegen aufgeben könnten. Die Privilegierung der Inhaber von Reifezeugnissen halten wir für eine Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Die breite Masse hat das politische Verantwortlichkeitsgefühl, aber nicht die Konservativen, die Triarier Seiner Majestät, die eine schwere Krisis durch ihre Halsstarrigkeit heraufbeschwören. Wo ist bei der Verhandlung über diese Vorlage, auf die die ganze Welt sieht, ein einziger großer Zug gewesen? Das Abgeordnetenhaus hat sich als eine Trödler- und Schacherbude gezeigt. (Minutenlanger Lärm rechts und im Zentrum. Laute Rufe: Raus! Raus!)

Vizepräsident Dr. **Porsch** (in großer Erregung): Für diese

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191003172-12/fragment/page=0001

unerhörte Beleidigung des Abgeordnetenhauses rufe ich Sie zur Ordnung. (Fortgesetzte Rufe rechts: Raus!)

Abg. Dr. **Liebknecht**: Es ist mir Unverschämtheit vorgeworfen worden. (Rufe rechts: Raus, Raus!)

Vizepräsident Dr. **Porsch**: Wenn ich das gehört hätte, würde ich es sicher gerügt haben. (Erneute Zurufe rechts: Raus mit ihm!) Ich bitte dringend um Ruhe. Ich kann vollständig verstehen, daß die Herren sehr erregt sind. Aber ich muß bitten, dem Redner Gehör zu verschaffen.

Abg. Dr. **Liebknecht**: Draußen stehen Schutzleute und halten das Volk zurück. Ein nettes Parlament, das sich vor dem Volk schützen muß. Es muß im Ausland den denkbar ungünstigsten Eindruck machen, wenn es sieht, wie die Regierung und die herrschenden Parteien von den breiten Massen des Volkes gehaßt werden.

Abg. **Bell**-Essen (Ztr.): Ich halte es unter meiner Würde, Herrn Liebknecht zu antworten. (Lebh. Beifall.) Sein Ton wird in sozialdemokratischen Versammlungen üblich sein, aber dieses Haus wird sich einen solchen Ton von 5 Herren nicht länger gefallen lassen. (Lebh. Zustimmung.)

Die Generaldiskussion schließt. In der Einzelberatung werden einige Anträge redaktioneller Art ohne Erörterung genehmigt.

Bei § 4 erklärt Abg. Frhr. **v. Richthofen** (kons.): Wir sehen davon ab, den Antrag auf öffentliche Wahl zu wiederholen. (Lachen links.) Eine Mehrheit ist dafür nicht vorhanden, das ist schon in zweiter Lesung festgelegt. Für die geheime Wahl sind 240, für die öffentliche Wahl etwa 201 Stimmen. Das wird wohl gewisse Legendenbildungen zerstören. (Beifall.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.): Wir legen auf diese Auseinandersetzung keinen Wert mehr.

§ 4 wird angenommen, ebenso § 5. Bei § 6 liegt ein freikonservativer Antrag vor, nach dem in Gemeinden mit mehreren Stimmbezirken die Einteilung der Wähler in die Abteilungen einheitlich für die ganze Gemeinde erfolgen soll.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz**: Die Interessen des Mittelstandes verlangen diese Drittelung.

Minister **v. Moltke**: Der Gedanke, die Drittelung auf eine breitere Basis zu stellen, ist erwägenswert. Die Regierung würde dem Antrag der Freikonservativen zustimmen.

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (kons.): Die Drittelung der Urwahlbezirke gibt dem Mittelstande gerade seinen großen Einfluß und diese Drittelung ist seinerzeit gerade vom Abg. Frhrn. **v.** Zedlitz beantragt worden. (Hört! Hört!) Wir waren bereit, die Zahl der Einwohner für die Stimmbezirke erheblich zu vermehren, fanden aber bei Herrn v. Zedlitz kein Entgegenkommen. Wir lehnen den Antrag also ab. Den anderen freikonservativen Antrag, der die Maximierungsgrenze in den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern auf 10 000 Mark festsetzen will, nehmen wir an. Die ständige Veränderung der Maximierungsgrenze können wir aber nicht gutheißen. (Beifall.)

Abg. **Herold** (Ztr.): Auch wir halten an den Beschlüssen über die Drittelung fest. Auffällig ist, daß hier die Regierung ohne Zwang ihre Ansicht aufgibt. (Sehr wahr!)

Geheimrat **Falkenhayn**: Die Regierungsvorlage ist in so wesentlichen Punkten abgeändert worden, daß ich bloß davor warnen kann, von dem, was Sie hier wollen, Schlüsse auf die Regierungsvorlage zu ziehen. (Lachen links.)

Abg. **Schiffer** (natl.): Auf etwas mehr oder weniger Aenderung kommt es also nicht an. (Heiterkeit.) Die Regierung gibt jetzt also auch die Begründung der Vorlage preis.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. **Leinert** (Soz.): Mir ist schon zum zweiten Male das Wort abgeschnitten. In einem anständigen Parlament wäre das nicht möglich. (Unruhe.) Schämen Sie sich! (Unruhe.)

Vizepräsident Dr. **Krause** ruft den Redner zur Ordnung.

Der freikonservative Antrag über die Maximierung wird angenommen. Im übrigen bleibt der Paragraph unverändert.

Zu den §§ 8 und 9 (Aufrücken in höhere Wählerklassen) erklärt

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freikons.): Wir stimmen den Paragraphen zu in der Erwartung, daß das andere Haus eine bessere Lösung finden wird.

Abg. **Leinert** (Soz.): Die hier beschlossene Privilegierung ist Verachtung der Arbeiter. Das Zentrum übt Volksverrat. (Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Dr. **v. Campe** (natl.): Wir wollen keine einseitige Privilegierung der Examensweisheit.

Die §§ 8 und 9 werden angenommen, ebenso mit mannigfachen redaktionellen Aenderungen der Rest des Gesetzes. Die

Gesamtabstimmung

über die Vorlage ist namentlich und ergibt die Annahme des Entwurfs mit 238 gegen 168 Stimmen. Dagegen stimmen fast geschlossen die gesamte Linke und die Freikonservativen.

Es folgt die Beratung der Resolution der Nationalliberalen, nach der durch Gesetz eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten insoweit vorgenommen werden soll, wie dies nach Maßgabe der veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse angemessen erscheint.

Die Abgg. **Schifferer** (natl.) und **Hoff** (fr. Vp.) befürworten diese Resolution.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Resolution wird abgelehnt, ebenso die entsprechenden Entschließungen der Nationalliberalen und Freisinnigen.

Schließlich wird noch die Vorlage auf Erweiterung des Stadtkreises Flensburg in zweiter und dritter Lesung angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Donnerstag, 7. April: Etat der Bauverwaltung.

Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

59. Sitzung vom 16. März, 12 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann Hollweg, Dernburg, Delbrück, v. Schoen.

Die Beratung des

Etats des Auswärtigen Amtes

wird fortgesetzt.

Abg. **v. Dirksen** (Rp.): In einer Zeit, in der die politische Lage so ruhig ist, können wir uns eigentlich in der Erörterung der auswärtigen Politik kurz fassen. Je weniger wir über England und Frankreich sprechen, desto besser; wir respektieren ihre Eigenart und ihre Interessen und nehmen dasselbe für uns in Anspruch. Wir brauchen um die Freundschaft andrer nicht bewerben. Wir brauchen eine Politik der Stärke und Entschlossenheit. Der Redner erörtert die Mannesmann-Angelegenheit. Die Brüder Mannesmann sind smarte Amerikaner. Die Erklärungen unserer Regierung in der Budgetkommission sind ausreichend. Auf geräuschloses Arbeiten kommt es jetzt an; das hätten die Gebrüder Mannesmann in ihrem eigenen Interesse auch tun sollen. Abg. Scheidemann hat gesagt, die Politik war früher operettenhaft, jetzt ledern. Mir scheint das ein Geschäftsgeheimnis des jetzigen Reichskanzlers zu sein. Mag es nur ruhig ein bißchen langweilig sein, wenn wir nur das Gefühl der Sicherheit haben. (Beifall rechts.) Herr Scheidemann sollte die vorzüglichen Worte lesen, die der Reichskanzler bei der ersten Lesung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhause über die Stellung und Leistungen Preußens gehalten hat. (Beifall rechts.) Wir haben alle den Eindruck, daß der Reichskanzler ein Mann von hohem sittlichen Ernst ist, der nicht den leisesten Grund zum Lachen gibt, sondern nur Anerkennung und Wertschätzung seiner großen Eigenschaften. (Beifall rechts.) Nun zum diplomatischen Dienst. Was den Adel und Bürgertum anlangt, so gibt es gewisse Verhältnisse, die sich nicht leicht ändern lassen. Worauf es viel mehr ankommt, ist, den häufigen Wechsel zu vermeiden. Für die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes ist ein Direktor zur selbständigen Bearbeitung erforderlich. Die Presseabteilung sollte entlastet werden. Der Redner spricht zum Schluß für eine Förderung des deutschen Schulvereins. (Beifall rechts.)

Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

Nachdem eine große Reihe von Rednern aus diesem hohen Hause die Mannesmannfrage ausführlich erörtert hat, sehe ich mich genötigt, auch meinerseits einige Worte zu sagen. Aus freien Stücken hätte ich es nicht getan. Ich glaube nicht, daß die breite Erörterung im Plenum die Ziele fördert, in die der Vorsitzende der Budgetkommission deren Wünsche zusammengefaßt hat. (Sehr richtig! rechts.) Dieser rückhaltlosen Vertretung der Politik, welche wir in der Mannesmannfrage eingenommen haben, kann ich um so objektiver gegenüberstehen, als die Grundlinien dieser Politik festgesetzt waren, lange bevor ich die Geschäfte übernommen habe. Für mich liegt der entscheidende Moment in dem dem Reichstage bekannten Beschluß des diplomatischen Korps vom 20. August 1908. Durch diesen Beschluß haben sich die Mächte darüber gesinnt, daß als Bergegesetz nur ein Gesetz angesehen würde, das vom Machen ihnen vor der Publizierung bekannt gegeben worden sei. Diesem Erfordernis entspricht das Bergegesetz vom 7. Oktober 1908 nicht. Will also Deutschland dieses Bergegesetz, auf das sich die Mannesmannkonzession stützt, als gültig anerkennen, so muß es sich in direkten Widerspruch mit den Beschlüssen des diplomatischen Korps vom 20. August 1908 setzen. Kein rechtlicher, kein politischer Grund gibt uns das Recht, von diesem Abkommen einseitig zurückzutreten. Selbst wenn das Gegenteil der Fall wäre, so bringt uns der Augustbeschluß immerhin eine einmütige Vereinbarung der Mächte darüber. Wenn wir uns davon lösagen, so würde das nichts anderes bedeuten, als diesen Vertrag zu brechen. Zu einer Politik solchen Vertragsbruches werde ich mich nicht hingeben. (Sehr gut! rechts.) Mögen die wirtschaftlichen Werte der Mannesmann-Konzession noch so hoch sein: eine Lebensfrage Deutschlands sind sie nicht. Darum wird mich nichts bestimmen können, das Wort zu verlassen, was unsere Politik am 20. August 1908 in Tanger eingesetzt hat. (Sehr gut! rechts.) Soweit es möglich ist, die wirtschaftlichen Interessen der Herren Mannesmann zu fördern, haben wir es getan und werden wir es auch in Zukunft tun. Erleichtert worden ist uns diese Aufgabe durch das Auftreten der Herren Mannesmann bisher nicht. (Sehr richtig!) Es ist gestern gesagt worden, das Auswärtige Amt habe mit der Veröffentlichung des Weißbuches eine Flucht in die Oeffentlichkeit getan. Dieser Auffassung muß ich mit aller Entschiedenheit widersprechen. Wir mußten der Oeffentlichkeit zeigen, daß das Auswärtige Amt in dieser Angelegenheit nichts zu befürchten hat. (Sehr gut! rechts.) Was die auswärtige Politik anbelangt, so steht sie mit Recht unter der Kritik der Oeffentlichkeit. Aber ich möchte es für ein gefährliches Beginnen halten, die Leitung der auswärtigen Politik durch den Vorwurf der Schwäche — und ich kenne keinen stärkeren Vorwurf — vor dem Inland und Ausland zu diskreditieren (Sehr richtig! rechts), ohne diesen Vorwurf durch ganz bestimmte Tatsachen beweisen zu können. (Sehr wahr! rechts.) Es handelt sich dabei nicht sowohl um die Stellung oder die Person des verantwortlichen Staatsmannes, sondern es werden dadurch die Grundlagen gefährdet, auf denen Deutschlands Stellung in der Welt beruht. Wo hat Deutschland in neuerer Zeit in seiner Stellung zu den Mächten Schwäche oder Nachgiebigkeit gezeigt? Wir sind in der Lage gewesen, unsere Beziehungen zu den Mächten freundschaftlich zu pflegen, ohne dabei etwas anderes einzusetzen als den Willen, Deutschlands Stellung in der Welt nachhaltig, aber loyal zu vertreten. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe den Eindruck, daß wir dabei nicht schlecht gefahren sind. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin der Ansicht, daß es von Jahr zu Jahr eine größere und bedeutungsvollere Aufgabe unserer auswärtigen Politik eigentlich kaum gibt, als die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Auslande zu fördern, und ich bin der Ansicht, daß unser diplomatischer Dienst gerade auf dieser Seite unserer Aufgabe ganz besonders eingestellt werden muß (Sehr richtig! rechts) und ich begrüße in dieser Beziehung einen großen Teil der Ausführungen, welche soeben der Abg. v. Dirksen gemacht hat; und ich bitte den Reichstag, überzeugt zu sein, daß ich in vollem Bewußtsein der Größe gerade dieses Teiles meiner Aufgabe ihr auch alle meine Kräfte widmen werde. (Beifall.) Ich habe schon in meiner früheren Stellung als Staatssekretär des Innern Gelegenheit gehabt, mich der Frage der Reform unseres Staatsangehörigkeitsgesetzes in besonderem Maße zu widmen. Ich bin genötigt gewesen, unsere auswärtigen Missionen um Mitteilungen über spezielle Dinge zu bitten. Ich werde persönlich bestrebt sein, die Frage so zu fördern, daß nicht mehr zu lange Zeit vergeht, bis dieser ja vom Reichstag einmütig gestellte Wunsch zur Erfüllung gebracht wird. (Beifall.)

Zum Schlusse noch einige wenige Worte über das Verhältnis der Partei-Konstellation zur auswärtigen Politik. Graf Kanitz hat gestern seine Rede mit der Aufforderung geschlossen, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in Fragen der inneren Politik die auswärtige Politik unseres Landes durch den einmütigen Willen des Reichstages zu tragen. Ich möchte jedenfalls der Ansicht, die Graf Kanitz gestern geäußert hat, beipflichten und ich möchte meinen, auch die Parteien sollten es alle, von rechts bis zum äußersten linken Flügel, von sich ablehnen, als ob sie das Maß der Unterstützung, die sie der Regierung in Fragen der auswärtigen Politik gewähren wollten, abhängig machen von der größeren oder geringeren Zufriedenheit mit der Leitung der inneren Politik. (Lebhafte Zustimmung.) Wir ist es wenigstens noch nicht in den Sinn gekommen, mich durch die Angriffe, die mir wegen der inneren Politik zuteil werden, auch nur um ein Geringes in der auswärtigen Politik von der Linie abdrängen zu lassen, die ich als die für Deutschland gegebene ansehe (Beifall) und ich werde es auch nicht in Zukunft tun und hoffe, dabei von dem Vertrauen getragen werden zu können, daß in allen Fragen, welche die Stellung Deutschlands in der Welt angehen, der deutsche Reichstag einig sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (w. Vgg.): Ich halte die Ansprüche der Herren Mannesmann noch jetzt für begründet. Und auch aus den Worten des Reichskanzlers habe ich ja herausgehört, daß er die berechtigten Interessen der Mannesmanns vertreten will. Was unsere Kritik der auswärtigen Politik anlangt, so denke ich doch, wir sind so stark, unser Heer so tüchtig, daß eine Kritik der Mängel in unserer auswärtigen Politik wahrlich uns nicht gleich beim Auslande in den Verdacht der Schwäche bringen kann. (Sehr richtig!) Unterlassen wir jede Kritik, so hört jede Möglichkeit, Mängeln abzuhelfen, auf! (Sehr wahr!) Wünschen müssen wir vom Reichskanzler, daß er unseren bundesfreundlichen Einfluß geltend macht zum Schutze unserer deutschen Brüder in Oesterreich-Ungarn. Ohne der Großmachtstellung Oesterreichs zu nahe zu treten, können wir auch sehr wohl Oesterreich unterstützen, wenn es Bahnen betritt, die den Deutschen in Oesterreich ihre Vorrangstellung sichert. Zweitens muß ich den Kanzler bitten, dahin zu wirken, daß nicht immer die Herren Kommissare in den Kommissionen auf das Ausland verweisen, um uns in unseren Beschlüssen zu beeinflussen. Wer sich auf das Auswärtige Amt verläßt, ist verlassen.

Abg. **Dove** (fortschr. Vp.): Wenn gestern gesagt wurde, es seien hauptsächlich weltwirtschaftliche Gegensätze die die Spannung zwischen England und uns verursacht haben, so kann ich das doch nicht zugeben. Sind es doch gerade die kaufmännischen Kreise die von jeher und andauernd für ein freundliches Einvernehmen beider Völker eingetreten sind. Es sind vielmehr nationalistische Kreise hüben und drüben, die die Verhetzung betreiben, was naturgemäß auf die auswärtige Politik zurückwirken muß. Auch wenn es sich um die Vertretung der Interessen Deutscher im Auslande handelt, muß geprüft werden, ob sie rechtlich begründet sind. Deshalb dürfen auch die Mannesmannschen Interessen nur insoweit von uns geschützt werden, als sie den Verträgen nicht widersprechen. (Beifall links.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Der Abg. v. Liebermann hat vorhin Angriffe auf das auswärtige Amt und auf seinen verdienstvollen Leiter in diesem Hause gerichtet, die in ihrer Allgemeinheit das Unerhörteste sind, was ich in meinem Leben je gehört habe. Er hat gesagt: der Deutsche im Auslande, der sich auf das Auswärtige Amt verlassen wollte, sei verlassen. Eine solche Behauptung weise ich mit Entrüstung zurück, (lebhafte Zustimmung), solange nicht Beweise im einzelnen gebracht sind, daß eine solche Behauptung berechtigt ist. Außerdem hat der Abg. v. Liebermann — das sollte wohl etwas angenehmes für mich sein — geschieden zwischen der Politik, die ich führe und der, die vom Auswärtigen Amt geleistet wird. Derartige Unterschiede können nicht gemacht werden. Wenn jemand angegriffen werden soll, so greifen Sie mich an. Ich bin der, der die Verantwortung zu tragen hat, und der sie auch trägt. (Lebhaftes Zustimmung.) Derartige Verunglimpfungen eines pflichtgetreuen Beamten, wie sie hier vorgenommen worden sind, kann ich nur als unerhört bezeichnen. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär **v. Schoen**: Ich muß bestreiten, daß im diplomatischen Dienst der Adel bevorzugt wird. Man betrachtet die Konsulate oft als Rechtsauskunftsstellen; man mutet ihnen sogar zu, die Rechtsprechung zu beeinflussen. Man hat eine Einwirkung auf Rußland gewünscht bezüglich der Behandlung von Juden. Ehe nicht die neue russische Reichsgesetzgebung vollendet ist, kann die russische Regierung nichts ändern. Ich lege Verwahrung ein, daß wir Dänemark gegenüber die Vertragstreue verletzen. Wir sind überall loyal in der Auslegung vertraglicher Verpflichtungen. Die Behörden weisen niemand aus ohne gute Gründe. Der Abg. Liebermann hat sich auf die Seite derjenigen gestellt, die dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes durch boshaften Klatsch und alberne Erfindungen den Makel in deutscher Gesinnung anheften wollen. Ich weise diese Verunglimpfungen zurück und mir besonderem Nachdruck die Unterstellung, als werde mein Sinnen und Trachten von anderen Rücksichten bestimmt, als denen auf das Wohl des Vaterlandes. (Beifall rechts.)

Abg. **Arning** (nl.): Wie steht es mit der Feststellung der Kongogrenze, und wie mit der Verlängerung der Sues-Kanal-Konzession? Die Gebühren sollten ermäßigt werden! Leider sind wieder die Dampfer-Konzessionen auf dem Nil und Euphrat an Engländer vergeben. Redner tritt dann eingehend für die Mannesmannschen Ansprüche ein.

Abg. Dr. **David** (Soz.): Formale Rechtsgründe stehen den Gebr. Mannesmann nicht zur Seite, höchstens Billigkeitsgründe. Wir haben schon wegen der Ausweisungspraxis keinen Grund, dem Auswärtigen Amte Komplimente zu machen. Das Beträchtlichste ist das Resultat unserer Flottenvereine. Redner wünscht Vereinbarungen mit England auf Verminderung der Rüstungen.

Staatssekretär **v. Schoen**: Die Verhandlungen über Grenzregulierungen in Afrika sind wieder aufgenommen worden. Die Frage der Schiffahrtsabgaben kann nur auf dem Wege freundschaftlichen Einvernehmens gelöst werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Der Rest des Etats des Auswärtigen Amtes wird nach unerheblicher Debatte genehmigt.

Schluß des Berichts 6¼ Uhr.

Ausland.

Der Rektor der österreichischen Staatsmänner, Historiker und Herrenhausmitglied Josef Alexander Freiherr von Helfert, ist am Mittwoch vormittag im 90. Lebensjahre in Wien gestorben.

Oesterreichische Handelsvertragsfragen. Wir erfahren aus Wien: Im Abgeordnetenhaus beantwortete zu Beginn der Sitzung am Mittwoch Handelsminister Weiskirchner Interpellationen betreffend die Aktivierung der Handelsverträge auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und bemerkte dabei, die Ordnung der eigenen Handelsbeziehungen zum Auslande sei um so dringender, als die ungünstige Konjunktur in vielen Produktionszweigen noch andauere, wodurch die Wirkung der unbefriedigenden Exportverhältnisse sehr verschärft werde.

König Peters Reisen nach Rußland, Bulgarien und der Türkei. Nach dem im serbischen Ministerrat festgesetzten Programm wird König Peter fünf Tage, vom 22.—27. d. Mts., in Petersburg verbleiben und sich sodann zu zweitägigem Aufenthalt nach Moskau begeben. Hierauf kehrt der König über Oderberg und Budapest nach Belgrad zurück, von wo er nach einer mehrtägigen Rast die Reise nach Konstantinopel über Sofia antritt. Von der Reiseroute über das Schwarze Meer wurde wegen der unruhigen See Abstand genommen. „Dnevni List" zufolge werde König Peter bei seiner Durchreise durch Sofia dem König Ferdinand einen offiziellen Besuch abstatten, den dieser im April in Belgrad erwidern werde.

Zollerhöhung in Belgien. Die belgische Regierung hat im Hinblick auf den drohenden französischen Zolltarif bei der Kammer eine Erhöhung der Zölle beantragt. Der Zoll für Schaumweine wird auf 200 Francs, für andere Weine auf 80, für Liköre auf 500 Francs pro Hektoliter, für Parfümerien auf 25 Prozent und für Seide auf 20 Prozent des Fakturenwerts erhöht.

Die Affäre Duez. Aus Paris wird uns heute gemeldet: Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters ist der frühere Sekretär Poitel des Liquidators Duez unter der Anklage, 30 000 Francs veruntreut zu haben, verhaftet worden. — Im französischen Senat wünschte Monis über die Verantwortlichkeit der Regierung in der Angelegenheit der Liquidatoren und über die Erklärungen des Justizministers Barthou in der Kammer zu interpellieren. Barthou hätte in der Kammer ausgeführt, die Liquidatoren seien auf das formelle Ersuchen des Staatsanwalts ernannt worden. Er (Monis), der zurzeit dieser Ernennung Justizminister gewesen sei, hätte in den Worten Barthous eine Kritik gesehen, die ihn für die gegenwärtige Lage verantwortlich mache. Barthou sagte darauf, Monis habe mit der Ernennung der Liquidatoren nichts zu tun, und verlangte Vertagung der Interpellation bis zur Beratung des Finanzgesetzes, in deren Verlauf der Senat den Antrag beraten werde, welcher die Ueberwachung der Liquidatoren durch die Finanzinspektoren sichere. Monis stimmte dem zu.

Eine sehr stürmische Dumasitzung. In der russischen Reichsdumakam es während der genügen Debatten über den Etat des Ministeriums für Volksaufklärung zu einem stürmischen Auftritt. Purischkewitsch (extreme Rechte) behauptete, während er über die Petersburger Universität redete, in deren jüdischen Seniorenrate des sind sich eine Jüdin, Juristenweibchen genannt, die in intimen Beziehungen zu allen Mitgliedern des Seniorenrates stehe. Darauf erhob sich im Saale ein ungeheurer Lärm. Die Linke rief Purischkewitsch Schmähworte zu und verlangte dessen Ausweisung. Der Präsident erklärte, der Redner müsse, was er gesagt habe, auf sein Gewissen nehmen. Der Kadettenführer Miljukow forderte Purischkewitsch Ausweisung und begann einen Wortstreit mit dem Präsidenten. Ununterbrochene Zurufe links und Beifallsklatschen rechts veranlaßten den Präsidenten, die Sitzung zu schließen. Nach deren Wiedereröffnung entzog der Präsident Purischkewitsch das Wort und erteilte Miljukow wegen seines Verhaltens eine Rüge.

Spanien in Marokko. Der spanische Ministerpräsident Canalejas erklärte Vertretern der Presse gegenüber, es habe niemals die Absicht militärischer Operationen bei Ceuta bestanden. Die Veröffentlichung derartiger Nachrichten durch die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191003172-12/fragment/page=0002

Presse habe die französische Regierung veranlaßt, beim spanischen Botschafter in Paris dieserhalb Erkundigungen einzuziehen. Der Botschafter habe aber diese Nachrichten als freie Erfindungen bezeichnet.

Aus Nah und Fern.

Kaiser Wilhelm und der englische Organist. Ein englischer Organist, der im vergangenen Jahre dem Kaiser bei seinem Aufenthalte in London auf der Orgel vorgespielt hatte, erhielt die Erlaubnis, Mittwoch abend von 6—7 Uhr auf der großen Orgel des Berliner Doms dem Kaiser sein Spiel hören zu lassen. Außer dem Kaiser und der Kaiserin waren nur vier Personen zugegen.

Meißener Dombaulotterie. Bei der gestrigen ersten Ziehung der zehnten Meißener Dombaulotterie entfielen 5000 Mk. auf 128 218; 1000 Mk. auf 35 064; 500 Mk. auf 12 742, 74 012, 74 964; 300 Mk. auf 93 925, 104 053, 129 632; 200 Mk. auf 32 936, 43 029, 44 168, 78 119, 84 681, 149 990. (Ohne Gewähr.)

Ueberschwemmungen in Frankreich. Aus verschiedenen Teilen des südlichen Frankreichs werden Ueberschwemmungen gemeldet. In der Nähe von Toulon ist ein Haus eingestürzt. Zwei Personen sind tot.

Die Ausstellung von Platzkarten. Unter Abänderung früher erlassener Bestimmungen hat der Eisenbahnminister eine Verfügung erlassen, in der er darauf hinweist, daß Reisenden, die sich bereits im Besitze von Platzkarten befinden, neue Karten im Zuge nicht auszustellen sind. Zulässig ist auch, daß bei vorheriger Entnahme der Karten sowohl als auch bei ihrer Ausstellung im Zuge eine gemeinsame Platzkarte für mehrere Personen ausgefertigt wird, die zusammen zu reisen wünschen.

Die Hofrichter-Affaire. Wie die Wiener „Neue Freie Presse" meldet, versuchte Oberleutnant Hofrichter in den letzten Tagen sich Bissenkraut zu verschaffen, offenbar jedoch nicht, um einen Selbstmord zu verüben, sondern um an sich verschiedene Erscheinungen hervorzurufen, welche auf seine Geistesgestörtheit schließen lassen würden, um dadurch seine Ueberführung in eine Beobachtungsstation zu erzwingen. Sein Helfer dabei war der inzwischen verhaftete Proseß, welcher den Briefschmuggel Hofrichters ins Werk gesetzt hatte. Die Schwester des Proseß wurde wegen Mitwisse beim Briefschmuggel verhaftet. Oberleutnant Hofrichter hat bereits seine Verbindung mit dem Proseß und dem Briefschmuggel gestanden. Alle von Hofrichter hinausgeschmuggelten Briefe wurden von den Adressaten der Behörde im Original zur Verfügung gestellt.

40 Menschen ums Leben gekommen. Wie der Zivilgouverneur von Horta berichtet, war die bei dem Hafen von Ilha do Pico gesunkene portugiesische Schaluppe dicht besetzt mit Auswanderern nach Nordamerika. Sie war schlecht ausgerüstet und schlecht gesteuert. Die Zahl der Toten beträgt einzelig. Achtundzwanzig Leichen sind in der Kirche aufgebahrt. Dreiundzwanzig Ueberlebende flüchteten, sobald sie festen Boden unter den Füßen hatten, voller Schrecken in ihre im Innern der Insel gelegenen Häuser.

Die Passagierliste des vermißten Dampfers „Prinz Willem II." enthält folgende deutsche Namen: C. Reichel (Herrnhut), Vogler (Hamburg), M. Radebach (Hamburg) und C. Hoevelmann (Wesel).

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. Bonn, 16. März. Dem „Berliner Tageblatt" zufolge starb hier der Physiologe Geheimrat Professor Dr. Pflüger im Alter von 81 Jahren, Ehrenbürger der Stadt Bonn.

Letzte Telegramme.

Weil er seine Frau erschlug.

Hamburg, 17. März. Der Tischler Teden, der seine Frau erschlug, wurde unter mildernden Umständen zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Herzogin vor dem Seinetribunal.

Paris, 17. März. Das Seinetribunal verurteilte die Herzogin von Talleyrand-Sagan geb. Gould, dem Marquis Castellane, Vater ihres früheren Gatten, die im Ehevertrage bedungene Jahresrente weiter zu bezahlen.

Selbstmorde durch Gift.

Petersburg, 17. März. Drei junge Mädchen vergifteten sich gemeinschaftlich mit Zyankali, eine Schülerin am Konservatorium, eine Studentin und eine Gymnasiastin. Sie waren des Lebens überdrüssig. Außerdem vergifteten sich gestern in verschiedenen Stadtteilen sechs Frauen und zwei Männer.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

Ueber die Lage des Rohzuckermarktes

während der Woche vom 8.—14. März wird der „Berliner Börsen-Zeitung" u. a. aus Magdeburg berichtet: Die Zurückhaltung der hiesigen Raffinerien, die bereits in der Vorwoche vorhanden war, machte sich in dieser Berichtszeit im verstärkten Maße fühlbar, so daß für das hier und da herauskommende Angebot eigentlich nur diese oder jene auswärtige Raffinerie in Betracht kam. Unter diesen Umständen war es sehr schwer, richtige Tagestaxen abzugeben. Die Preise für greifbaren Zucker selbst erfuhren einen nicht unerheblichen Rückschlag. In Nacherzeugnissen waren die Zufuhren etwas unregelmäßig; die Preise gaben zunächst bis 20 Pfg. die 50 Kilogramm nach, glichen aber diesen Rückschlag später zum größten Teil wieder aus. Der Verkauf des heutigen Marktes war ruhig, die amtliche Preisfeststellung lautete für Kornzucker Grundlage 88 Proz. Rend. 14,05—14,20 M, Nacherzeugnisse Grundlage 75 Proz. Rend. 11,90—12 M, beides ohne Sack die 50 Kilogramm ab Stationen. Der amtliche Freitagsbericht gab die Umsätze mit 225 000 Ztr. (lediglich Zucker aus erster Hand) an; sonst meldeten Hamburg 199 000 Ztr. erste und zweite Hand), Braunschweig 91 000 Ztr., Halle a. S. 64 000 Ztr., Stettin 6000 Ztr., Danzig 8000 Ztr. und Breslau 146 000 Ztr. Raffinaden hatten nur unbedeutenden Verkehr. In Granulated fanden einige Abschlüsse in ready zu 16 Mk. 6 d. weniger ½ Proz. Hamburg statt. Der Terminmarkt war recht nervös. Einerseits war die Unternehmungslust im allgemeinen gering, andererseits waren die Kubameldungen das Gegengewicht. Der Verkauf des heutigen Marktes war ruhig; die amtliche Preisfeststellung ergab für Kornzucker, Grundlage 88 Proz. Rend., die 50 Kilogramm fob Hamburg: März 14,40 Gd. 14,47½ Br., April 14,42½ Gd. 14,47½ Br., Mai 14,47½ Gd. 14,52½ Br. 14,50 bez., August 14,57½ Gd. 14,62½ Br. 14,60 bez., Oktober 11,80 Gd. 11,82½ Br., Oktober-Dezember 11,60 Gd. 11,62½ Br. 11,62½ bezahlt, Januar-März 11,67½ Gd. 11,70 Br. 11,70 bez. Gegen vergangenen Montag steht laufende Ernte 12½—15, neue 20 Pfg. die 50 Kilogramm niedriger. Das Hamburger Gesamtlager hat 13 100 Doppelzentner abgenommen gegen 4800 Doppelzentner Zunahme im Vorjahre, das wirklich feste Lager hat sich 46 600 Doppelzentner gegen 17 000 Doppelzentner i. V. vermindert. Angekommen sind 142 100 Doppelzentner; verschifft wurden 35 100 Doppelzentner Rohzucker, ferner 120 100 Doppelzentner Raffinaden. — Die englischen Märkte gaben zu Anfang etwas nach; als die Kuba-Anfünfte indes einen weiteren Rückgang aufwiesen, wurde der Verlust nicht nur schnell wieder eingeholt, sondern die Preise erreichten den bisher höchsten Stand von 14 sh. 7½ d. für Mai-Lieferung. Mittwoch und Donnerstag brachten erneut schwächere Märkte. Raffinerien kauften täglich 88 Proz. bis zu 14 sh. 6¾ d. fob bezw. 14 sh. 9 d. cif, 75 Proz. bis zu 12 sh. 6 d. fob. Schlußpreise für Beet 88 Proz. Rend. per Zwt. fob Hamburg: März 14 sh. 4½ d. Käufer, Mai 14 sh. 5¾ d. bezahlt und Abgeber, August 14 sh. 7 d. bez. und Abgeber, Oktober 11 sh. 9 d. Käufer, Oktober-Dezember 11 sh. 7¼ d. Wert, November-Dezember 11 sh. 6 d. Abgeber. Englische Raffinaden hatten meist leidliche Bedarfsfrage, die Preise wurden 1½—3 d. per Zwt. erhöht. In Granulated war das Angebot etwas reichlicher. — Der Pariser Markt eröffnete in schwacher Haltung; auch Dienstag war dies die Grundstimmung, welche ebenso am Donnerstag die Oberhand behielt, bis am Nachmittag London sehr feste Haltung meldete, worauf der Markt dann sofort in die Hausse einlenkte. Laufende Ernte schnellte 50, neue 25 Cims. in die Höhe, welcher Wertsinn sich unter kleinen Schwankungen bis zum Sonnabendschluß aufrecht erhielt. Schlußpreise für Weiß Nr. 3 die 100 Kilogramm zum Sonnabend mittag: März 40,62½ Fr., April 40,62½ Fr., Mai-August 40,87½ Fr., Oktober-Januar 33,75 Fr. Gegen den Schluß der Vorwoche steht laufende Ernte in nahen Sichten 25 c. höher, Mai-August 12½ c. niedriger, neue Ernte unverändert. — Der Prager Markt verlief teils in stetiger, teils in ruhigerer Haltung. Die Kurse gaben auf der ganzen Linie 40 Heller die 100 Kilogramm nach. Nacherzeugnisse fielen fast ausschließlich den Raffinerien zu. Raffinaden unverändert, wenig Geschäft. — New-York ermäßigte am Mittwoch seine Preise um 0,06 c. per lb. gleich 35 Pfg. die 50 Kilogramm und nahm nachher von den Kubameldungen wenig Notiz; die Schlußstimmung des Marktes war stetig. — In Deutschland, überhaupt in ganz Europa, war das Wetter für die Feldarbeiten außerordentlich günstig. In Mitteldeutschland ist die Körnerernte zum größten Teil in die Erde gebracht, zum Teil bereits völlig beendet. Auch einige Rübenfelder sind für die Aufnahme der Saat bereits hergerichtet. Die Landwirtschaft ist mehrere Wochen gegen das Vorjahr im Vorsprung. Bei den hohen Preisen, die jetzt für Rüben bezahlt werden, wird aller Voraussicht nach der Rübenbau noch etwas größer ausfallen und dadurch den bisher in Deutschland höchsten Anbau von 1901/02 vermutlich noch etwas überschreiten.

W. Stettin-Bredower Portland-Zementfabrik. In der Aufsichtsratssitzung am 16. cr. wurde für das Jahr 1909 die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent beschlossen.

W. Der Reingewinn der Buderusschen Eisenwerke betrug für das Geschäftsjahr 1909 nach Abschreibungen und Erneuerungsrücklagen in Höhe von 1 622 331 M. 860 100 M. Die Dividende wird mit 5 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahre vorgeschlagen.

W. Wollauktion in London Mittwoch, 16. März. Die heutige Auktion war lebhaft und äußerst fest. Bessere Merinos notierten 5 Prozent über Eröffnungspreise, auch mittlere und grobe Crossbreds begegneten besserer Nachfrage bei anziehender Tendenz.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Berlin,** 16. März. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg: Märk. 221—223,00 M ab Bahn. Normalgew. 755 g. Abnahme im Mai 221,50—222,50 bis 222,00 M, im Juli 220,75—221,50—221 00 M, im Sept. 210,50 210,75—210,50 M. Tendenz: matter. Roggen für 1000 kg inländ. 155,00—156,00 M, märkischer nasser Roggen —,— M. Normalgewicht 712 g. Abnahme im Mai 165,00—165,25 bis 164,75 M, im Juni —,— M, im Juli 168,75—169,25—168,50 M, im September 167 25—166,50—166,75 M. Tendenz: matt. Hafer per 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abnahme im Mai 159,50 bis 169,25 M, im Juli 162,00 M. Tendenz: schwächer. Mais per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Mai —,— M. Tendenz: geschäftslos. Weizenmehl per 100 kg: brutto einschl. Sack: Nr. 00 26,75—30,00 M, feinste Marken über Notiz bezahlt. Tendenz: still. Roggenmehl Nr. 0 und 1 19,10—21,10 M, Abnahme im Mai 19,80 M, im Juli —,— M, im Sept. —,— M. Tendenz: still. Rüböl für 100 kg mit Faß: Abnahme im Mai 53,50 M, im Juli —,— M, im Oktober 53,30—53,70—53,60 M. Tendenz: fester.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 16. März. Weizen loko 221,00—223,00 M, Mai —,— bis —,— M, Juli —,— M ab Bahn. Roggen loko 155,50 bis 156,00 M, Mai 165,50 bis 165,00 M, Juli —,— bis —,— M ab Bahn. Gerste, leichte inländische Futtergerste 140,00 bis 145,00 M, schwere do. 146,00—156,00 M, russische und Donau leichte 130—134 M, do. schwere 135—142 M frei Wagen und ab Bahn. Hafer, märk., meckl., pomm., pol., schles. fein 170—178, do. mittel 163—169, do. gering 158—164, russ. n. Donau mittel 152—157 M frei Wagen und ab Bahn. Mais, amerik. mixed 151—155, rund. 153—156 M fr. Wagen. Erbsen, inländ. Futterware, mittel 162—168 M, russische do. 162—168 M, feine Taubenerbsen 170—182 M, Viktoriaerbsen —,— M, kleine Kocherbsen —,— M frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 26,75—30,00 M. Roggenmehl 0 u. 1 loko 19,10 bis 21,10 M. Weizenkleie, grobe 11,50—12,50 M, feine 11,50 bis 12,50 M. Roggenkleie 11,25—12,00 M. Bohnen —,— M. Linsen —,— M. Futterlinsen —,— M. Seradella —,— M. Lupinen blau —,— M, gelbe —,— M.

L. Weltmarkt, Berlin, 16. März. Tägliche Börsennotierungen an dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen Berlin 755 gr., Mai 222,00, Juli 221,00. Newyork Red Winter Nr. 2 loko —,—, Mai 189,65, Chicago Northern I Spring, Mai 174,60, Juli 164,40. Liverpool Red Winter Nr. 2, Mai 178,50. Paris Lieferungsware März 199,05, Budapest Lieferungsware April 230,20. Odessa Ulta 92%/90 3—4% Bes. einschl. Bordesspesen loko 165,95. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 164,75, Juli 168,50. Odessa 90/92 einschl. Bordesspesen loko 122,50. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 159,25, Juli 162,00. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 122,75. Buenos-Aires Durchschnitts-Qualität bordfrei —,—.

Stroh und Heu.

‡ **Halle a. S.,** 15. März. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) Sämtliche Preise gelten für 50 kg und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

Roggen-Langstroh (Handdrusch): —,— M bei Partien; 3,50 M in einzelnen Fuhren.

Maschinenstroh für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh 2,00 M; Weizenstroh 1,90 M; zu Streuzwecken bei Partien: Roggenstroh —,— M, Weizenstroh —,— M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,50—3,00 M, Weizenstroh 2,50—3,00 M; Brendrusch bei Partien: Roggenstroh —,— M, Weizenstroh —,— M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 3,00—3,20 M, Weizenstroh 3,00—3,20 M.

Wiesenheu hiesiges oder Thüringer, beste Sorten bei Partien: —,— M, in einzelnen Fuhren: —,— M; gute fremde Sorten bei Partien: 4,50—4,75 M, in einzelnen Fuhren: 4,75—5,00 M.

Kleeheu, hiesiges, erster Schnitt, beste Sorten, bei Partien: —,— M, in einzelnen Fuhren: 5,50 M; minderwertige Sorten bei Partien: —— M; in einzelnen Fuhren: —— M.

Torfstreu in 200 Ztr.-Ladungen, trockene Ware knapp, frei Bahn hier 1,25 M, in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,80 M.

Häcksel, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,85 M, im einzelnen vom Lager hier 3,50 M.

Hopfen.

— **Nürnberg,** 15. März. (Hopfenbericht.) Gestern und heute gelangten zu unveränderten Preisen zusammen 100 Ballen zum Verkauf.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Magdeburg,** 16. März. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Partität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,00—21,50 Mk. Tendenz: fest.

— **Berlin,** 16. März. Kartoffelstärke 20,75—21,25 M, Kartoffelmehl 20,75—21,25 Mk., feuchte Stärke 10,50 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen,** 16. März. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,50—86,50 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,50—96,50 Mk. per loko und März, Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,75—86,75 Mk. Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,75—96,75 Mk. per März-September-Lieferung ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg,** 16. März. Spiritus fest, März 21¾ G., März-April 21¼ G., April-Mai 21¼ G.

— **Paris,** 16. März. Spiritus ruhig, März 49,75, April 50,50, Mai-August 51,50, September-Dezember 45,25.

Oele und Oelsäuren.

— **Köln,** 16. März. Rüböl loko 59,00, Mai 58,50.

— **Hamburg,** 16. März. Rüböl ruhig, loko verzollt 56,00.

— **Amsterdam.** 16. März. Leinöl behauptet, loko 37, April 36⅞, Mai-August 36½, September-Dezember 35½, Januar-April —,—.

— **Paris,** 16. März. Rüböl behauptet, März 60,00, April 60,50 Mai-August 61,50, September-Dezember 62,75.

— **Pest,** 16. März. Kohlsaat träge, August 13,50.

Zucker.

W. Hamburg, 16. März. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo, per März 14,47½, per April 14,47½, per Mai 14,50, per August 14,60, per Oktober-Dezember 11,60, per Januar-Dezember 11,65. Tendenz: behauptet.

W. London, 16. März. Rüben-Rohzucker 88% März, 14 sh. 6¼ d. Wert, stetig, Java-Zucker 96 % prompt 15 sh. 1½ d. Wert, ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg,** 16. März. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 36¾ G., Mai 37¼ G., September 37¼ G., Dezember 37 G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam,** 16. März. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 42¾.

— **Havre,** 16. März. Kaffee. Good average Santos März 48,25, Mai 48,00, September 47,25, Dezember 47,00. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 15. März. Kaffee. Zufuhren 6000 Sack in Rio, 8000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 16. März. Baumwolle, ruhig, Upland middling loko 75½ Pfg.

— **Antwerpen,** 16. März. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. März 6,02½ bez., Dezember 5,67½ bez. Tendenz: behauptet.

— **Liverpool,** 16. März. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export —— Ballen. Tendenz: Träge. Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per März 7,86, per März-April 7,84, per April-Mai 7,79, per Mai-Juni 7,75, per Juni-Juli 7,69, per Juli-August 7,64, per Aug.-Sept. 7,37, per Sept.-Okt. 6,96, per Okt.-Nov. 6,76, per Nov.-Dez. 6,68.

Petroleum.

— **Hamburg,** 16. März. Petroleum inslos, Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,30.

Metalle.

— **Amsterdam,** 16. März. Bancazinn ruhig, loko 87½.

— **London,** 16 März. Blei, span., 12¼ Lstr., engl. 13⅝ Lstr., Zink 143¾ Lstrl., Zink 23 Lstrl., Chili-Kupfer 58⅞ Lstrl., 3 Monate 59 15/16 Lstrl.

— **Glasgow,** 16. März. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Middlesborough Warrants III 51 sh. 5½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Halle,** 16. März. (Bericht der Schlachtvieh-Versicherung des Landw. Bauernvereins des Saalkreises zu Halle a. S. (e. G. m. b. H.). Tatsächlich erzielte Lebendgewichtspreise auf Grund der in der Zeit vom 7.—12. März eingegangenen Versicherungen.

Ochsen: Kl. Ia —; Ib —; IIa 7—4jähr., 1780—1430 Pfd., 38—37 M, 6 Verk.*; IIb 7jähr., 1510—1530 Pfd., 35 M, 2 Verk.*; IIIa —; IIIb —.

Bullen: Kl. Ia —; Ib 2½jähr., 1550 Pfd., 40 M, 1 Verk.*; IIa 2jähr., 1240 Pfd., 38 M, 1 Verk.*; IIb 2jähr., 1246 Pfd., 36 M, 1 Verk.*; IIIa 2¼jähr., 1080 Pfd., 33 M, 1 Verk.*; IIIb —.

Färsen: Kl. Ia —; Ib —; IIa —; IIb 1½jähr., 700 Pfd., 34 M, 1 Verk.*; IIIa —; IIIb —.

Kühe: Kl. Ia —; Ib 7—4jähr., 1335—870 Pfd., 35—34 M, 7 Verk.*; IIa 9—4jähr., 1300—860 Pfd., 33—32 M, 6 Verk.*; IIb 6—5jähr., 1330—1140 Pfd., 31—30 M, 3 Verk.*; IIIa —; IIIb 2jähr., 840 Pfd., 28 M, 1 Verk.*

Schweine (ohne Qualitätsbezeichnung): 337 Pfd., 58 M, 2 Verk.*; 332—247 Pfd., 56 M, 9 Verk.*; 250—254 Pfd., 55 M, 12 Verk.*; 277—190 Pfd., 54 M, 7 Verk.*; 290—247 Pfd., 53 M, 10 Verk.*; 349 Pfd., 52 M, 2 Verk.* — Durchschnittspreis: 54,57 M per Zentner. — *Nicht Eingetriebene, sondern Verkaufsgruppen.

— **Berlin.** 16. März. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 376 Rinder (darunter 196 Bullen, 66 Ochsen, 114 Kühe und Färsen), 3154 Kälber, 1263 Schafe, 15 421 Schweine. Die Preise verstehen sich für 1 Ztr. Lebend- oder Schlachtgewicht. Ochsen, Bullen, Kühe und Jungvieh fehlen. Kälber: A. bis 100 (bis 132), B. 60 bis 65 (103—108), C. 52—58 (90—99), D. 35—48 (67—88) M. Schafe: A. 35—40 (76—80), B. 32—36 (68—75), C. 25—31 (53—64), D. —— (——) M. Schweine: A. 55 (63), B. 54 bis 54 (67—68), C. 52—54 (65—67), D. 50—52 (62—65), E. 47 bis 50 (59—62), F. 50—51 (62—63) M. — Tendenz: Vom Rindervauftrieb blieben ungefähr 60 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich glatt. Bei den Schafen fand der Auftrieb bis auf einige Posten Absatz. Der Schweinemarkt verlief anfangs ruhig, später langsam und wird nicht geräumt.

Magervieh- und Fleischfleischhandel. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde,** 16. März. Auftrieb: 3773 Schweine, 724 Ferkel. Verlauf des Marktes: Reges Geschäft. Es wurde gezahlt im Engroshandel für: Läuferschweine: 6—7 Monate alt 46—65 M, 3—5 Monate alt 38—45 M, Pölke 27—37 M; für Ferkel, mindestens 6 Wochen alt, 20—26 M, unter 8 Wochen alt 16—19 M.

Butter. Schmalz. Speck.

+ **Berlin,** 16. März. Bericht von Gebr. Gause. (Originalbericht der Hall. Ztg.) Butter: Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qual. 146—142 M, do. IIa Qual. 138—140 M. — Schmalz: Die heutigen Notierungen sind: Choice-Western Steam 76,75—77,25 M, amerikanisches Tafelschmalz, Borussia 79,00 M, Berliner Stadtschmalz Krone 78,00—82,00 M, Berliner Bratenschmalz Kornblume 79,00—82,00 M. — Speck: ruhig.

B. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 16. März. Roter Winter-Weizen loko 129½, per Mai 123⅛, per Juli 115⅛, per Sept. 111⅝, per Dez. —.—. Mais per Mai 74, per Juli 75, per Sept. 75¼. Mehl 4,40. Getreidefracht nach Liverpool 1¼.

W. Chicago, 16. März. Weizen per Mai 113⅛, per Juli 107, Mais per Mai 63⅞.

W. New-York, 16. März. Petroleum Standard white in New-York 7,90, do. in Philadelphia 7,90, do. in Refined Cases 10,30, do. Credit Balances at Oil City 140.

W. New-York. 16. März. Schmalz Westernsteam 14,80, Rohe und Brothers 14,75.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebendieben für Provinz, Allgemeines, Börsen-, Handelsteil: Max Gebeling; für Oertliches Heinrich Mieschner; Schlußredaktion A. Werneck, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191003172-12/fragment/page=0003

Berliner Börse, 16. März 1910

Die Rubrik in Cursblättern gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan. | 1 Apr. | 1 Jul. | 1 Okt. | 2 Jan. | 2 Apr. | 2 Jul. | 2 Okt. | 3 Jan. | 3 Apr. | 3 Jul. | 3 Okt. | 4 Jan. | 4 Apr. | 4 Jul. | 4 Okt. | 5 Jan. | 5 Apr. | 5 Jul. | 5 Okt. | 6 Jan. | 6 Apr. | 6 Jul. | 6 Okt. | 15.1. | 15.4. | 15.7. | 15.10. | 2/3 quartalsweise 1.4.1.7.10. | 1.2.3.8.11. | 1.3.9.8.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lira, Lei, Pesetas 80 Pf. — Dest. 1 fl. Gold 2 M., Währ. 1,70, 1 Kr. 0,85, — 1 fl. sächs. 1,2. — 1 fl. holl. 1,70. — 1 fl. Banco 1,50. — 1 Kr. 1,125. — 1 Rbl. 2,16. 1 Gold-Rbl. 3,20. — 1 Pass. 4. — 1 Doll. 4,20. — 1 Lstrl. 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4½. Lombardzinsfuß 5 %.

Privatdiskont 3½. Nachdr. verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß von den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahnaktien) bezeichnen die Zahlen in Prozenten nebst Stückzinsen 4 pCt. und zwar werden diese von Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tag des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Papiere in Prozenten nebst Stückzinsen 4 pCt. und zwar werden diese von Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tag des Kaufes gerechnet.

Von den über zwei Spalten reichenden Wertpapieren sind die Dividendenwerte mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Bei den Industriegesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den Obligationen sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Bei den Obligationen der Industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet.

Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahnaktien) bezeichnen die Zahlen in Prozenten nebst Stückzinsen 4 pCt. und zwar werden diese von Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tag des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Papiere in Prozenten nebst Stückzinsen 4 pCt. und zwar werden diese von Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tag des Kaufes gerechnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191003172-12/fragment/page=0004